

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXII. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1949

Inhalt

Anhaltend günstige Entwicklung der Produktion und des Außenhandels, saisonbedingte Preissenkungen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Der Verbrauch an Handelsdünger — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Inländerfremdenverkehr — Außenhandel

Zur Problematik des Lebenshaltungskostenindex

Die allgemeine Problematik — Schwierigkeiten und Mängel der Indexberechnung — Zunehmende Wirklichkeitsnähe des Friedensverbrauchsschemas — Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Die Lage auf den internationalen Warenmärkten

Allgemeiner Überblick. Verbesserte Versorgungslage — Normalisierung der Preisstruktur — Maßnahmen zur Marktregulierung

Die Lage auf den einzelnen Warenmärkten. Getreide — Öle und Fette — Zucker — Genußmittel — Industrielle Rohstoffe: Wolle — Baumwolle — Kautschuk — Metalle — Petroleum — Kohle

Österreichische Wirtschaftszahlen. (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite.)

Anhaltend günstige Entwicklung der Produktion und des Außenhandels, saisonbedingte Preissenkungen

Während in den vergangenen Jahren außergewöhnliche Ereignisse — Währungsmaßnahmen am Jahresende 1945 und 1947, die Energiekrise im Winter 1946/47 — die Saisonschwankungen überdeckten, läßt die relativ ruhige und ungestörte Entwicklung in diesem Winter wieder saisonbedingte Einflüsse stärker hervortreten. So sind nach dem Höhepunkt vor den Weihnachtsfeiertagen die Preise und Umsätze sichtbar abgeflaut. Auch die Arbeitslage, die Produktion und der Verkehr unterliegen den allgemeinen, vom Wetter abhängigen Saisoneinflüssen der Wintermonate. Trotzdem ist die Gesamtentwicklung der Wirtschaft bemerkenswert günstig. Besonders gilt dies für den weiterhin stark steigenden Außenhandel.

Der nach Weihnachten einsetzende Umsatzrückgang hat bereits unmittelbar nach den Feiertagen einen stärkeren, zunächst noch vorwiegend saisonbedingten Preisdruck ausgelöst. Die Preissenkungen haben sich bis jetzt hauptsächlich auf den schwarzen und freien Märkten ausgewirkt und hier die vor Weihnachten erfolgten Preiserhöhungen weitgehend kompensiert. Die Nahrungsmittelpreise auf dem Schwarzen Markt sind von Mitte Dezember bis Mitte Jänner im Durchschnitt um 13% gesunken.

Beträchtlich zurückgegangen sind weiters die von den „schwarzen“ Devisenkursen abhängigen freien Preise für Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade und Südfrüchte. Auch auf den amtlich preisgebundenen Märkten sind einzelne Preisrückgänge, vor allem bei hochwertigen Textilien, zu beobachten. Diese Preissenkungen kamen im Jänner im Lebenshaltungskostenindex allerdings noch nicht zum Ausdruck, da gleichzeitig die Preise für Gemüse und Kartoffeln saisonbedingt angezogen haben. Der Preisdruck wird sich vermutlich erst in den nächsten Monaten auch im Index auswirken.

Während sich also auf verschiedenen Gebieten eine Tendenz sinkender Preise anbahnt, drängen einzelne Preise und Tarife zu einer Korrektur nach oben. (Unmittelbar aktuell erscheint eine Neuordnung der Kohlenpreise, deren Subvention vorläufig nur bis Ende Februar läuft.) Die Wirtschaftspolitik steht damit wieder vor einer Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung. Es fragt sich, ob gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem erstmals seit der Schockwirkung des zweiten Preis-Lohn-Abkommens die Preise wieder zu sinken beginnen, der aus verschiedenen Gründen heilsame Prozeß der Preissenkung abermals gestört werden soll, oder ob es nicht

zweckmäßiger wäre, mit den — im einzelnen sicher berechtigten und auf längere Sicht auch unvermeidlichen — Preis- und Tarifierpassungen stillschweigend (ohne daß immer wieder kurzfristige Termine gesetzt werden) zuzuwarten, bis die gestiegene Leistungsfähigkeit der Wirtschaft eine Normalisierung des Preisgefüges weniger gefahrvoll macht. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß angesichts der nur unvollkommen funktionierenden Preisbindungen Preiserhöhungen nicht auf einzelne kostenmäßig begründete Fälle beschränkt werden können, sondern fast automatisch das *gesamte* Preisniveau der Wirtschaft heben. Die unvermeidlichen Rückwirkungen auf die Lebenshaltungskosten könnten abermals die Lohnseite in Bewegung bringen — mit allen sich daraus nicht nur für die Wirtschaft, insbesondere für den Export, sondern auch für das Budget der öffentlichen Körperschaften ergebenden Konsequenzen. Es läßt sich schon überschlägig berechnen, daß der Staat annähernd den gleichen Betrag, den er durch den Abbau der Subventionen gewinnt, durch erhöhte Personal- und Sachausgaben wieder verliert. Eine verstärkte Irrealität des gegenwärtigen Wechselkurses (ein zusätzliches Exporthemmnis), neue Unruhe und ein vertieftes Mißtrauen in die Währung und damit eine weitere Lähmung des Sparwillens müßten zusätzlich in Kauf genommen werden. Auf der anderen Seite besteht begründete Hoffnung, daß die österreichische Wirtschaft dank der Marshall-Plan-Hilfe im Laufe des Jahres 1949 auf volle Touren gelangen und mit einer höheren Effizienz leichter in der Lage sein wird, Korrekturen im Preisgefüge ohne ernstere Rückwirkungen zu verarbeiten. Nicht zuletzt sollte auch daran gedacht werden, daß die sichtbare Entspannung (und der zu erwartende Preisdruck) auf den internationalen Rohstoffmärkten (siehe S. 18 ff.) in einem etwas späteren Zeitpunkt den Abbau einzelner Subventionen wesentlich erleichtern wird. Vielleicht werden dann auch manche heute ins Auge gefaßte Preiskorrekturen in einem anderen Lichte erscheinen.

Natürlich kann die Normalisierung der Preisstruktur (durch Abbau der noch bestehenden Subventionen und Regulierung einzelner zurückgebliebener Preise und Tarife) nicht beliebig aufgeschoben werden. Es erschiene jedoch ratsam, die unvermeidlichen Kostenerhöhungen der Wirtschaft erst dann aufzubürden, bis sie leistungsfähig genug ist, diese Belastung ohne Rückwirkungen auf die Preise zu tragen bzw. bis Kostensenkungen auf anderen Gebieten die unvermeidlichen Preiserhöhungen kompensieren.

Auf dem Gebiete der *Währung* dürfte nach dem starken Anstieg des Notenumlaufes im Dezember um 247 Mill. S zunächst eine leichte Entspannung zu erwarten sein. Die weitere Entwicklung des Geldvolumens hängt weitgehend von der Verwendung der Schillingerlöse aus den ERP-Lieferungen ab. Nachdem bereits im Dezember 1948 über einen größeren Betrag des Hilfsfonds (1.450 Mill. S), der sich bis Ende 1948 angesammelt hatte, verfügt worden war, stellt sich nun für das Jahr 1949 neuerlich das Problem, welche Teile des Restbetrages sowie der laufend eingehenden Erlöse zur Deckung des Budgetdefizites und für produktive Investitionen wieder in die Wirtschaft strömen und welche Beträge im Interesse der Währungssicherung endgültig stillgelegt werden sollen. Die Entscheidung, die nicht allein in den Händen der österreichischen Regierung liegt, ist sowohl für das Budget, für die Währungslage und die Preisentwicklung als auch für die Investitionstätigkeit, die Produktionsentwicklung und damit auch für die Arbeitslage von größter Bedeutung.

Die drohende *Stromkrise*, die anfangs Jänner durch die Abnahme der Kohlenvorräte in den kalorischen Kraftwerken entstanden war, konnte durch eine erhöhte Kohlenbelieferung der kalorischer Werke zu Lasten anderer Verbrauchergruppen vermieden werden. Dadurch konnte die Industrie im Monat Jänner, abgesehen von einigen energieintensiven Betrieben (Aluminiumerzeugung), im bisherigen Umfang mit Strom versorgt werden.

Die *gewerbliche Produktion* stand im November (Gesamtindex 100·7) auf fast gleicher Höhe wie in den vorangegangenen Monaten September (101·5) und Oktober (101·3) und lag nur wenige Punkte unter dem bisherigen Höchststande (August 103·9). Die geringe Veränderung spiegelt im wesentlichen nur die normale Saisonbewegung wider, die durch den Rückgang der Stromerzeugung und der Baustoffproduktion (mit Ausnahme von Zement) bedingt ist. Einzelne Industrien, wie die Schwerindustrie, die Zementindustrie, die Textilindustrie und die Magnesitindustrie konnten im Dezember ihre Produktion sogar beträchtlich erhöhen.

Die relativ günstige Entwicklung der industriellen Produktion wirkt sich auch auf den *Arbeitsmarkt* aus. Der Beschäftigtenstand ist zwar seit Oktober leicht zurückgegangen und dürfte auch in den kommenden Wintermonaten weiter sinken. Die Zahl der Arbeitslosen hat dementsprechend auch etwas zugenommen. Der Rückgang der Beschäftigung und die Zunahme der Arbeitslosigkeit dürfte jedoch voraussichtlich nicht einmal das normale saison

bedingte Ausmaß erreichen, da der Winter ziemlich milde ist und einige Industrien, die durch das Anlaufen von ERP-Lieferungen ihre Produktion erhöhen konnten (z. B. Textilindustrie), zusätzliche Arbeitskräfte beanspruchen.

Im *Außenhandel* hält die steigende Tendenz unvermindert an. Die Ausfuhr ist im November trotz leicht rückläufiger Produktion um 14,5% gestiegen und erreichte mit 219 Mill. S den bisherigen Höchststand seit Kriegsende. Auch die Einfuhr hat sich beachtlich erhöht, teilweise bereits unter dem Einfluß von ERP-Lieferungen, die in der Handelsstatistik nicht getrennt ausgewiesen werden. Durch die günstige Entwicklung in den letzten Monaten hat der Außenhandel den Vorsprung anderer Wirtschaftszweige zum Teil aufgeholt. Im III. Quartal

1948 betrug das Ausfuhrvolumen (bei Ausschaltung der Preisveränderungen) erst 55,9% des Jahres 1937, gegenüber einem Volumen der industriellen Produktion von 102,5%. Im November erreichte das Ausfuhrvolumen dagegen bereits rund 70%, während der Produktionsindex mit 100,7% nahezu unverändert blieb. Eine weitere Erholung des Außenhandels wird, abgesehen von dem zu erwartenden saisonmäßigen Rückschlag zu Jahresbeginn in dem Maße schwieriger werden als sich der Außenhandel dem Niveau der industriellen Produktion nähert. Außerdem ist mit einer verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten zu rechnen, da die Nachkriegskonjunktur in vielen Staaten abflaut und auf einigen Märkten bereits Anzeichen einer beginnenden Stagnation zu beobachten sind.

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 25—26.

Der *Notenumlauf* erhöhte sich im Dezember durch den Eskont von Wechseln und Schatzwechseln (zusammen rund 516 Mill. S) sowie durch Abhebungen von den freien Giro Guthaben bei der Nationalbank (rund 73 Mill. S) um weitere 247 Mill. S (von 5.388 Mill. S auf 5.635 Mill. S). Gleichzeitig nahmen die freien Guthaben öffentlicher Stellen um 311 Mill. S zu, so daß per Saldo der Gesamtumlauf (Notenumlauf plus freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank) um rund 485 Mill. S gestiegen ist.

Die zeitlich gesperrten Guthaben der öffentlichen Stellen bei der Nationalbank haben im Dezember durch die Freigabe von 1.450 Mill. S aus den Schillingerlösen für ausländische Hilfslieferungen um rund 1.418 Mill. S abgenommen. Die Differenz von 32 Mill. S zwischen dem freigegebenen Betrag und der tatsächlichen Abnahme der Sperrkonten öffentlicher Stellen ergab sich als Saldo der neu eingelaufenen Hilfslieferungserlöse und der am 10. Dezember erfolgten Deblockierung durch das Währungsschutzgesetz gesperrter Gelder öffentlicher Stellen¹⁾.

Der aus dem Hilfsfonds im Dezember freigegebene Betrag von 1.450 Mill. S wurde auf der Passivseite des Notenbankausweises abgebucht und dementsprechend auf der Aktivseite die Post „Forderungen an den Bundesschatz“ in gleicher Höhe ver-

¹⁾ Im Zuge der Währungsreform wurden bekanntlich 25% der Einlagen der öffentlichen Stellen gestrichen und 25% auf ein Jahr gesperrt.

mindert. Ein Teilbetrag von 850 Mill. S soll endgültig stillgelegt werden. Die restlichen 600 Mill. S werden dagegen wieder in den Umlauf strömen, da die Nationalbank bis zu diesem Betrag Finanzwechsel aufnehmen wird, die von der staatlichen und von der privaten Industrie zur Finanzierung von Investitionen ausgegeben werden. Die staatliche Industrie hat allerdings die ihr zugedachten Kredite bereits ab Sommer 1948 (auf Grund des Gesetzes zur Sicherung des Geldbedarfes staatlicher Unternehmungen) in Form von Bundesvorschüssen beansprucht, so daß nunmehr die Wechselvaluta zur Rückzahlung dieser Vorschüsse verwendet werden muß. Dementsprechend erschienen im Dezember im Eskontportefeuille der Nationalbank bereits für rund 250 Mill. S derartige von den staatlichen Unternehmungen stammende Wechsel, deren Gegenwert gleichzeitig zum größten Teil als Vorschußrückzahlung auf den freien Girokonten öffentlicher Stellen einlief.

Die nach Abzug der Wechselkontierungen verbleibende Erhöhung des Eskontportefeuilles ist zum Teil auf die neuerliche Hereinnahme von 122 Mill. S Bundesschatzscheinen nach § 27 W. Sch. G. zurückzuführen, wodurch fast der gesamte Betrag, der ausgeben werden durfte, in die Hand der Nationalbank übergegangen ist. Außerdem wurden für weitere 142 Mill. S Schatzscheine nach § 2, 1 b der Novelle zum Notenbank-Überleitungsgesetz eskontiert. Ihr Bestand hat sich damit bereits auf rund 390 Mill. S erhöht. Auf diese Weise erhalten die Kreditinstitute nunmehr die von ihnen vor der Währungsreform zur

Deckung der Besatzungskosten ausgelegten Beträge¹⁾ zurück und können ihr Kreditvolumen weiter ausdehnen — mit allen Gefahren die damit für die Währung verbunden sind.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* nahmen im November insgesamt um rund 107 Mill. S zu. Der Einlagenzuwachs beschränkte sich fast ausschließlich auf Scheckeinlagen, die sich um rund 106 Mill. S erhöhten. Der Spareinlagenstand blieb dagegen nahezu unverändert (plus 1 Mill. S), da der Neueingang durch Barabhebungen für Weihnachtseinkäufe beinahe vollständig kompensiert wurde.

Auf dem *Kapitalmarkt* hielt die Tendenz sinkender Aktienkurse von Mitte Dezember bis Mitte Jänner weiter an. Der Index von 23 Industrieaktien ging um 3,4% zurück (von 334,4 auf 323,0; März 1948 = 100), lag aber immer noch um 17,2% über dem Tiefstand im Mai 1948 (275,6). Insbesondere die Brauindustrie erlitt — wahrscheinlich infolge ungünstiger Prognosen über die Rohstoffversorgung — bedeutende Kurseinbußen (13,5%), während die Kurse anderer Industrien (Bau-, Textil- und Maschinenindustrie) nur geringfügig sanken. Die Aktienkurse der Papier- und Zuckerindustrie zogen sogar etwas an.

Wie die Kursentwicklung zeigt, hat sich die Wiedereinführung des offiziellen Börsenverkehrs im November v. J. an Stelle der bisherigen vertraulichen Aussprachen bisher nicht entscheidend auf den Kapitalmarkt ausgewirkt. Selbst die in letzter Zeit veröffentlichten verhältnismäßig günstigen Bilanzergebnisse einer Reihe von Unternehmungen, vor allem aus dem Jahre 1947, haben das Aktiengeschäft nicht zu beleben und erweitern vermocht.

Die Ursache für die Stagnation auf dem Aktienmarkt dürfte vor allem im geringen Ertrag der Papiere liegen. In den Jahren 1944 und 1945 bestand ein allgemeines Dividendenausschüttungsverbot. Im folgenden Jahr waren zwar de jure Dividendenauszahlungen gestattet; da die meisten Bilanzen Verluste auswiesen, kam es jedoch kaum zu nennenswerten Ausschüttungen. Für das Jahr 1947 liegt erst ein Teil der Geschäftsberichte vor. Auch aus ihnen geht jedoch hervor, daß für 1947 nur geringfügige Dividenden ausbezahlt werden, obwohl die Bilanzen — wie erwähnt — ein günstiges Bild der Ertragslage der Unternehmungen vermitteln.

Die zurückhaltende Dividendenpolitik der

¹⁾ Außer der nachträglichen inflatorischen Finanzierung von alten Besatzungskosten wurden auch neue, während des Jahres 1948 angemeldete Ansprüche von Besatzungsmächten durch direkte Übergabe solcher Schatzscheine an die Nationalbank befriedigt.

großen Gesellschaften ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich die Mehrzahl der Aktien in den Händen von Großaktionären befindet, die teilweise selbst leitende Stellungen in den Gesellschaften einnehmen und an Dividendenausschüttungen nicht interessiert sind, da sie ihr persönliches Einkommen als Funktionäre entsprechend hoch festsetzen können. Die Verschiebung der Gewinne auf die Funktionärbezüge hat gleichzeitig den Vorteil, daß sie der empfindlichen Doppelbesteuerung von Gesellschaftseinkommen (Körperschaftsteuer plus Einkommensteuer) ausweichen. Aber auch jene Gesellschaften, deren Aktienkapital sich überwiegend in Streubesitz befindet, schütten nur selten Dividenden aus, da die Aktionäre nach dem deutschen Aktiengesetz praktisch keinen Einfluß auf die Gewinnverteilung haben.

Die Tatsache, daß die meisten Papiere bisher praktisch ertraglos waren, kann natürlich keine stimulierende Wirkung auf das breite anlage-suchende Publikum ausüben, da dieses Aktien hauptsächlich als Ertragspapiere und nicht als Spekulationsobjekte kauft. Wenn der Kapitalmarkt auf lange Sicht wirksam belebt werden soll, wird sich die Dividendenpolitik der Gesellschaften grundlegend ändern müssen. Selbst dann wird es schwierig sein, größere Bevölkerungskreise für den Kauf von Aktien zu interessieren, da der Kapitalmarkt in Österreich im Gegensatz zu den anglo-amerikanischen Ländern stets nur von einem relativ kleinen Personenkreis dotiert wurde. Vor allem darf nicht übersehen werden, daß die Sparneigung zur Zeit äußerst gering ist und durch den Krieg vielfach gerade die Vermögensbesitzer — soweit sie nicht als Unternehmer an der Kriegskonjunktur teilnehmen konnten — schwer getroffen wurden.

Mit einem verstärkten Interesse der Banken am Aktiengeschäft kann für die Zukunft ebenfalls kaum gerechnet werden, da die Großbanken verstaatlicht sind und kaum bereit sein werden, durch Aktienkäufe Anteile und Unternehmerfunktionen in der Privatindustrie zu übernehmen.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 27—29

Die *Arbeiternettoverdienste* stiegen im November dank der Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge sowie einer geringfügigen Erhöhung der Arbeitsstundenzahl um weitere 3,8% (von 316,6 auf 328,5, August 1938 = 100). Die *Nettotariflöhne* blieben im Dezember und im Jänner unverändert (376,0, April 1945 = 100).

Nach einer Periode saisonbedingt steigender Preise setzte auf den *freien und Schwarzen Märkten*

teilweise bereits vor Weihnachten ein fühlbarer Preisfall ein, der sich nach den Feiertagen weiter verstärkte. Der saisonbedingte Nachfragerückgang wirkte sich besonders auf die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise aus, die von Mitte Dezember bis Mitte Jänner um 13,1% sanken; hauptsächlich Mehl, Fleisch, Schmalz und Öl wurden bedeutend billiger, während der Zuckerpreis konstant blieb. Insgesamt liegen damit die Nahrungsmittelpreise auf dem Schwarzen Markt nur noch um 1% über dem bisherigen Tiefstand nach dem Kriege (Oktober 1948). Auch auf den anderen freien — insbesondere auf den von den „schwarzen“ Devisenkursen¹⁾ abhängenden — Märkten waren beträchtliche Preissenkungen zu verzeichnen, so z. B. bei den Genußmitteln Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Rosinen, Mandeln und Südfrüchten. Bei den Versteigerungen im Wiener Dorotheum sanken die Preise für Gold und Brillanten; die Pelzpreise zogen dagegen saisonbedingt etwas an.

Die *offiziellen* Preise blieben in der Berichtsperiode im allgemeinen unverändert. Bei Waren, deren Preise nach besonderen Kalkulationsvorschriften erstellt werden (insbesondere Textilien) begannen sich jedoch ebenfalls Preissenkungstendenzen durchzusetzen, vorläufig allerdings erst bei mittleren und besseren Qualitäten.

Die auf fast allen Märkten sichtbaren Preissenkungstendenzen beschränkten sich vorläufig auf reagible Warenpreise und kamen im *Lebenshaltungskostenindex* für eine Arbeiterfamilie nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema noch nicht zum Ausdruck. Der Index stieg sogar bis Mitte Jänner um weitere 0,5% (von 432,6 auf 435,0, April 1945 = 100). Die Erhöhung ist allerdings ausschließlich auf den saisonbedingten Anstieg der Gemüse- und Kartoffelpreise zurückzuführen, durch den die Preisreduktionen bei Tee und Kaffee geringfügig überkompensiert wurden. Die vielfach beobachteten Preissenkungen bei Textilien fanden im *Lebenshaltungskostenindex* noch keinen Niederschlag, da das Verbrauchsschema hauptsächlich billigere und mittlere Qualitäten enthält, die erst etwas später von der Preissenkungstendenz erfaßt werden dürften.

Der Abstand zwischen dem *Lebenshaltungskostenindex* und dem der Nettotarifröhne beträgt nunmehr 15,7%.

Der wöchentliche *Aufwand für rationierte Nahrungsmittel* lag im Dezember (48. Versorgungsperiode) erstmalig nach dem zweiten Lohn-Preis-Abkommen bedeutend höher als in den vorhergehenden

Perioden. Die Aufwandserhöhung ist auf die veränderte Zusammensetzung der Aufrufe (insbesondere Weihnachtsaufruf: Schweinefleisch, Bohnenkaffee, italienischer Karfiol, Orangen und vornehmlich Schmalz in der Fettquote) zurückzuführen und war mit Ausnahme eines geringfügigen Defizits bei einem kinderlosen Schwerarbeiterehepaar in allen Fällen durch die ausgezahlten Ernährungszulagen und Kinderbeihilfen voll gedeckt.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 30

Die mit Beginn der 49. Zuteilungsperiode (3. Jänner 1949) vorgesehene Rationenerhöhung um 50 Kalorien auf eine 2.150-Kalorienbasis wurde mangels entsprechender Nahrungsmittelvorräte vom Alliierten Rat nicht bewilligt. Der auf Grund der bisherigen Rationen bestehende Bedarf von rund 352 Mrd. Kalorien für die Zeit vom 3. bis 30. Jänner 1949 wurde zu rund 41% aus dem Inland, zu 59% durch ausländischen Zuschuß voll gedeckt. Die Abgeltung der aus den Vorperioden noch bestehenden Fettschulden von rund 600 t war jedoch in diesem Versorgungsabschnitt noch nicht möglich.

Die *Getreideablieferungen* haben sich Ende November und im Dezember etwas gebessert. Vom 22. November 1948 bis 2. Jänner 1949 sind 48.000 t Brotgetreide, 6.000 t Gerste und 5.000 t Hafer aufgebracht worden, gegenüber rund 42.000 t Brotgetreide, 7.000 t Gerste und 3.000 t Hafer in der Zeit vom 11. Oktober bis 20. November 1948. Insgesamt wurden bis Ende Dezember 1948 172.000 t Brotgetreide abgeliefert, das sind 75% des Kontingentes. Da außerdem 7.000 t auf das Überkontingent abgeliefert wurden, war die Marktleistung aus der Ernte 1948 bis Ende des Jahres schon um 43.000 t höher als im Vorjahr. An *Gerste* wurden bis Ende des Jahres, einschließlich rund 8.000 t Überkontingentlieferungen, 5.000 t mehr als im Vorjahre erfaßt. Im Rahmen des Kontingentes wurden allerdings bisher nur rund 21.000 t, das sind 56% der Vorschreibung gegenüber 24.000 t im Vorjahr abgeliefert. Die *Hafer-* und die *Maisablieferungen* blieben bisher um 4.000 t bzw. 2.000 t gegenüber dem Vorjahr zurück.

Im Jänner ist eine weitere Zunahme der Ablieferung zu erwarten, da die Frist für die Ausbezahlung der gestützten Getreidepreise (Weizen S 119,80, Roggen S 103,40, Gerste S 80,—, Hafer S 70,—, Mais S 75,—, je 100 kg²⁾) bis zum 31. Jänner 1949 verlängert wurde, damit die Spätdruschgebiete nicht benachteiligt werden. Ab 1. Februar gelten je-

¹⁾ Die „schwarzen“ Devisenkurse sanken im Dezember um 8,2% und liegen nunmehr ebenfalls nur wenig über ihrem bisherigen Tiefstand (September 1948).

²⁾ Preise für Jänner 1949.

doch nur noch die alten Getreidegrundpreise (Weizen S 53.80, Roggen S 49.40, Gerste S 47.— Hafer und Mais S 44.— je 100 kg). Außerdem sollen nach diesem Zeitpunkt bei schuldhafter Nichterfüllung der Kontingente Strafbescheide mit einer Geldstrafe von S 1.50 für jedes nicht abgelieferte Kilogramm Getreide erlassen werden.

Die *Kartoffel*ablieferung war aus den schon im letzten Monatsbericht angeführten Gründen im Dezember weiter rückläufig. Im Dezember wurden nur 25.000 t abgeliefert, gegen rund 68.000 t im November. Insgesamt wurden bis Ende des Jahres — einschließlich der Industriekartoffeln — rund 370.000 t gegen 390.000 t im Vorjahr aufgebracht. Infolge der geringen Aufbringung ist die Versorgungslage trotz der ausreichenden Ernte angespannt. Abgesehen davon, daß die vorgesehene Einlagerungsmenge noch nicht voll ausgeliefert werden konnte, wird auch der laufende Bedarf derjenigen Konsumenten, die im Herbst von der Bevorratung nicht Gebrauch machten, vielfach nicht rechtzeitig befriedigt. In einzelnen Bundesländern müssen daher die Kartoffelrationen durch andere Ersatznahrungsmittel gedeckt werden.

Die *Milch*ablieferung ist nach dem Höchststand im Oktober saisonbedingt zurückgegangen. Insgesamt wurden um rund 8.000 t (15%) weniger Milch als im Vormonat abgeliefert. Gemessen an der Marktleistung je Kuh und Tag beträgt der Rückgang 12%. Dementsprechend hat auch die Erzeugung von Butter, Käse und Topfen abgenommen. Nach unvollständigen Meldungen ist im Dezember die Milchaufbringung weiter gesunken. Das mit 548.000 t festgesetzte Jahreskontingent wurde jedoch trotzdem knapp überliefert.

Die *Fleisch*ablieferungen haben sich in den letzten Monaten gebessert, so daß auch die Fleischversorgung ziemlich klaglos funktionierte.

Die *Eierauf*bringung ist, hauptsächlich infolge der immer wieder auftauchenden Gerüchte über die Aufhebung der Eierbewirtschaftung im Jahre 1949, weiter übersaisonmäßig zurückgegangen. Die im Inland angelegten Wintervorräte an Kalkeiern (8 Mill. Stück) sowie die noch vor Weihnachten eingelangten Importe ungarischer Kalkeier (ca. 5 Mill. Stück) ermöglichten einschließlich der geringen laufenden Aufbringung im November und Dezember Eierzuteilungen an alle Verbraucher. Während die ungarischen Eier nur mit einem Einfuhrzoll von 1 Groschen je Stück belastet wurden, wodurch der Verbraucherpreis nur um 10% über dem für inländische Kalk-eier zu stehen kam (80 Groschen gegenüber 73 Groschen), sollen die für dieses Jahr vorgesehenen Eier-

importe der normalen Zollbelastung von etwa 3.30 Groschen je Ei unterworfen werden.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 30

Der Verbrauch an Handelsdünger

Die relativ guten Ernteerträge des Jahres 1948 waren neben der günstigen Witterung und der besseren Bodenbearbeitung vor allem dem erhöhten Verbrauch von Handelsdüngemitteln zu verdanken. Dadurch konnte der Ausfall von wirtschaftseigenem Dünger teilweise wettgemacht werden, der durch Viehverluste und durch die Trockenheit in den ersten Nachkriegsjahren entstanden war.

Der Verbrauch an inländischem Kalkammonsalpeter betrug im Jahre 1948 108.752 t gegenüber nur 47.673 t und 38.200 t in den Jahren 1947 und 1946. Er erreichte damit fast den im Rahmen des Marshall-Planes präliminierten Bedarf in Höhe von 120.000 t. Desgleichen stieg die Verwendung der ausschließlich importierten phosphorhaltigen Düngemittel (Superphosphat und Thomasmehl) von 15.332 t im Jahre 1946 auf 74.293 t im Jahre 1947 und 108.395 t im Jahre 1948. Der vorgesehene Bedarf (180.000 t) wurde jedoch nur zu 60% gedeckt. Die Versorgung mit Kalidünger litt unter unzureichenden Importen. Einem geschätzten Bedarf von 80.000 t stand im Jahre 1948 nur eine Verbrauchsmenge von 30.662 t gegenüber.

Handelsdüngerverwendung in Österreich¹⁾

Zeit	Verbrauch an		Reinährstoffen			
	Stickstoff	Phosphorsäure 1000 t	Kali	Stickstoff 1937 = 100	Phosphorsäure	Kali
Ø 1926/35	4.4	13.4	7.1	65	96	82
1937	6.7	14.0	8.6	100	100	100
1946	7.6	2.8	6.6	114	20	77
1947	9.5	13.1	7.0	142	94	81
1948	21.8	18.8	12.3	325	135	142

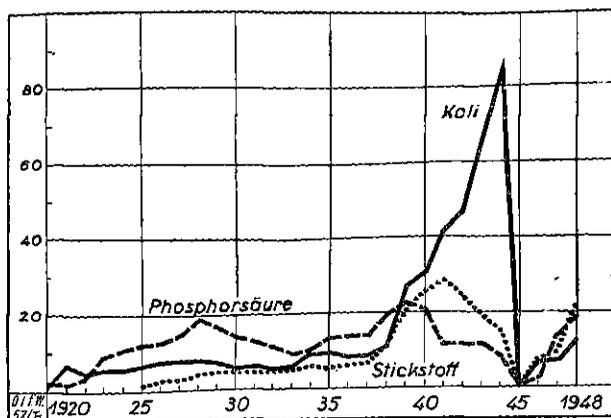
¹⁾ Nach Angaben der Kommission für Handelsdünger und Verbrauchlenkung in Wien.

Bemerkenswert ist, daß der Verbrauch bei allen drei Kunstdüngerarten den Vorkriegsstand bereits erheblich überschritten hat. Der mit den Durchschnittspreisen des Jahres 1937 gewogene Gesamtverbrauch lag im Jahre 1948 auf 210 (Durchschnitt 1937 = 100)¹⁾. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Nachfrage nach Phosphaten und Kalidünger nur teilweise gedeckt werden konnte. Wären zu der derzeitigen Preisen ausreichende Mengen zeitgerecht verfügbar gewesen, so hätte ihr Verbrauch den der Stickstoffs übertraffen.

¹⁾ Der Kalkverbrauch konnte nicht mitberücksichtigt werden, da über die Vorkriegszeit nur unvollständige statistische Angaben vorliegen.

Abb. 1. Die Entwicklung des Verbrauches an Handelsdünger

(Normaler Maßstab; Reinnährstoffmengen in 1.000 t)



Der in der Vorkriegszeit durch hohe Kunstdüngerpreise und geringe Rentabilität gehemmte Verbrauch von anorganischen Düngemitteln stieg nach Senkung der Preise im Jahre 1938 sprunghaft an; der kriegsbedingte Mangel an Stickstoff und Phosphorsäure begünstigte jedoch eine einseitige, wenig erfolgreiche Kaliverwendung. Die Düngung konnte nach dem mit dem Kriegsende verbundenen Ausfall dank günstiger Preisrelationen bald wieder intensiviert werden.

Die Verwendung von Handelsdünger setzt sich nunmehr auch in den kleineren landwirtschaftlichen Betrieben mehr und mehr durch. Im Durchschnitt verwenden zwar die großbäuerlichen Betriebe und die Großbetriebe noch immer relativ mehr als die Klein- und Mittelbetriebe¹⁾; der Anteil des Düngerverbrauchs der mittel- und kleinbäuerlichen Betriebe ist jedoch ständig im Wachsen²⁾. Diese Entwicklung wurde durch die Bewirtschaftung begünstigt, die auch jenen Betrieben Dünger zuteilte, die bisher keinen verwendet hatten.

Die zur Zeit bestehende Relation zwischen den Kunstdüngerpreisen und den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte gestattet eine rentable Verwertung des Kunstdüngers, da sein Preis im Vergleich zum Jahr 1937 teilweise bedeutend unter dem gewogenen Preisindex für pflanzliche Agrarprodukte liegt³⁾. Es ist daher zu erwarten, daß der Verbrauch

¹⁾ Der höhere Verbrauch anorganischen Düngers bei Großbetrieben ist teils auf die fortschrittlichere Betriebsführung und teils auf ihre relativ geringe Viehhaltung zurückzuführen.

²⁾ In den landwirtschaftlichen Großbetrieben wurden im Wirtschaftsjahr 1947/48 erst 70% des Kunstdüngers vom Jahre 1937 verbraucht, gegenüber 240% im Jahre 1939/40. (Laut Mitteilung der Zentral-Ein- und Verkaufsgenossenschaft landwirtschaftlicher Betriebe, Wien.)

³⁾ Der Preisindex für Kalkammonsalpeter beträgt zur Zeit 241 (1937 = 100), der für Superphosphat 133, für Thomasmehl 112 und für Kalisalz 132. Demgegenüber beträgt der gewogene Preisindex für pflanzliche Produkte rund 320.

bei ausreichender Inlandsversorgung ähnlich wie nach dem Jahr 1938, als die niedrigen deutschen Preise auch in Österreich eingeführt wurden, sprunghaft steigen wird. Damals wurde allerdings eine intensivere Kunstdüngerverwendung sehr bald durch den kriegsbedingten Mangel an Phosphat- und Stickstoffdünger gehemmt. Als Ersatz wurde einseitig, und daher ziemlich unrentabel, Kali verwendet⁴⁾.

Eine weitere Steigerung der Kunstdüngerverwendung in der Zukunft wird vor allem davon abhängen, ob die derzeitige günstige Preisrelation zwischen Kunstdünger und Agrarpreisen beibehalten werden kann, die hauptsächlich durch eine um 50% gegenüber dem Weltmarktpreis verbilligte Abgabe von überwiegend im Rahmen des ERP importierten Phosphat- und Kalidünger ermöglicht wird. Sollte der Abgabepreis für importierten Handelsdünger auf das Preisniveau der pflanzlichen Produkte gehoben werden, so würde der Kunstdüngerverbrauch vermutlich wieder rasch zurückgehen.

Daß der gesteigerte Kunstdüngereinsatz sich bisher noch nicht in entsprechend höheren Erträgen ausgewirkt hat, ist überwiegend auf den durch jahrelangen Raubbau verringerten Nährstoff- und Humusvorrat des Bodens zurückzuführen.

Die österreichische Stickstoffindustrie kann den Inlandsbedarf an Stickstoffdünger voll decken⁵⁾. Aus einer günstigen Versorgung mit Stickstoff resultieren jedoch allein noch keine entscheidenden Mehrerträge. Einzelne Kulturpflanzen verbrauchen zwar in erhöhtem Maß diesen Nährstoff (z. B. Hackfrüchte). Es müssen jedoch auch Phosphorsäure (für Körnerfrüchte), Kali (für Hackfrüchte) und Kalk dem Boden in ausreichenden Mengen zugeführt werden, damit mengen- und aufwandsmäßig optimale Erträge erzielt werden können. Nach dem Gesetz des Minimums ist die Höhe des Ertrages von den in geringsten Mengen im Boden vorhandenen Nährstoffen abhängig. Da die wirtschaftseigenen Dünger arm an Phosphorsäure sind und dieser Nährstoff in den Kriegs- und Nachkriegsjahren auch in anorganischer Form dem Boden nur in geringen Mengen zugeführt werden konnte, mangelt es dem Boden zur Zeit vor allem an Phosphorsäure. Eine Steigerung der Produktivität der Düngung hängt daher hauptsächlich von ausreichenden Importen von Phosphatdünger ab.

⁴⁾ Der Höchstverbrauch an Reinphosphorsäure (P_2O_5) betrug im Jahre 1939 22.522 t. An Reinstickstoff (N) wurden im Jahre 1941 28.150 t und an Reinkali (K_2O) im Jahre 1944 84.238 t verbraucht. Die Verbrauchsziffern für 1948 lagen demgegenüber teilweise noch erheblich niedriger.

⁵⁾ Allerdings nur in Form von Kalkammonsalpeter. Außerdem besteht jedoch noch ein spezifischer Bedarf an schwefelsaurem Ammoniak und an Kalkstickstoff.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 31.

Die *Stromversorgung* ist trotz der auch im Jänner anhaltenden milden Witterung nach wie vor äußerst angespannt. Die Disziplin der Verbraucher ist noch immer äußerst mangelhaft, so daß die vorgesehenen Erzeugungs- und Verbrauchsmengen weit überschritten werden.

Im Dezember wurde mit 304 Mill. kWh der bisher höchste Stromverbrauch erreicht. Da die Leistung der Wasserkraftwerke beträchtlich zurückgegangen ist und weit unter der eines Normaljahres liegt, mußten die Dampfkraftwerke bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden. Insgesamt wurden im Dezember 152 Mill. kWh kalorischer Strom erzeugt, das ist doppelt soviel als im gleichen Monat des Vorjahres.

Da die Dampfkraftwerke anfang Jänner nur noch über ein Drittel ihrer für diesen Zeitpunkt vorgesehenen Kohlenvorräte verfügten, bestand die Gefahr einer ernsteren Energiekrise. Sie konnte nur dadurch abgewendet werden, daß die kalorischen Werke in den ersten Jännerwochen auf Kosten anderer Verbrauchergruppen bedeutend mehr Kohle zugeteilt erhielten als planmäßig vorgesehen war.

Stromerzeugung und Verbrauch (Gesamt-Österreich) in Mill. kWh

	Wasserkraft	Dampf	Insgesamt	Verbrauch
1947 XI.	177·8	58·3	236·1	223·8
XII.	200·8	68·0	268·8	251·4
1948 XI.	175·6	113·3	288·9	291·4
XII.	161·2	152·4	303·6	304·4

Die *Kohlenversorgung* war auch im Dezember zufriedenstellend. Die inländischen Kohlenbergbaue haben in den letzten Monaten trotz Verlustpreisen und Einstellung einiger kleinerer Gruben ihre Förderung beträchtlich erhöht. Im Braunkohlenbergbau wurden die Leistungen des Jahres 1937 bereits überschritten, dagegen dürfte bei Steinkohle infolge der zunehmenden Erschöpfung der Vorräte die Vorkriegsleistung nicht mehr erreicht werden können.

Förderleistung im inländischen Kohlenbergbau

	Steinkohle	Braunkohle in Tonnen	Insgesamt (Steinkohlenbasis)
1937 Ø	19.185	270.147	154.259
1947 Ø	14.846	236.327	133.010
1948 X.	15.116	285.694	157.963
XI.	16.859	296.023	164.871
XII.	16.423	303.038	167.942

Die *Kohleneinfuhren* waren im Dezember wieder höher als in den vorangegangenen Monaten. Besonders die Steinkohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet und aus Polen stiegen beträchtlich.

Die gesamte Einfuhr (auf Steinkohlenbasis gerechnet) war im Dezember um 74% größer als im Durchschnitt des Jahres 1937.

Kohleneinfuhr Österreichs

	Steinkohle	Braunkohle in 1000 Tonnen	Koks	Insgesamt (Steinkohlenbasis)
1937 Ø	221·4	15·4	45·9	275·0
1947 Ø	182·8	98·8	9·5	241·7
1948 X.	289·4	126·4	22·3	374·9
XI.	323·5	106·9	19·2	396·2
XII.	395·8	134·9	16·3	479·5

Zusammen mit der inländischen Förderung standen daher der österreichischen Wirtschaft im Dezember 611.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, gegen 534.000 t im Monat November.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 32-36

Die gewerbliche Produktion hat bis Jahresende trotz Stromsparmaßnahmen und Produktionsrückgängen einiger saisonabhängiger Produktionszweige (Wasserkraftwerke, Ziegelerzeugung) das in den Herbstmonaten erreichte hohe Niveau annähernd aufrecht erhalten können. Der Gesamtindex der industriellen Produktion ging nur geringfügig von 103·9 (1937=100) im August auf 102·9 im Oktober und 100·7 im November zurück. Im Dezember haben einige Produktionszweige, wie die Schwerindustrie und die Magnesitindustrie, sogar den bisher höchsten Produktionsstand erreicht. Abgesehen von der Produktionseinschränkung einiger energieintensiver Betriebe, wie der Aluminiumerzeugung, sind aus Energiemangel kaum fühlbare Produktionsausfälle eingetreten. Diese günstige Entwicklung war allerdings nur um den Preis einer bedenklichen Mißachtung der angeordneten Stromsparmaßnahmen möglich. Die Überschreitung des Strombezuges konnte bisher zwar immer noch durch eine entsprechende Mehrproduktion von elektrischer Energie ausgeglichen werden, beschwor aber mehr als einmal die Gefahr eines Zusammenbruches des Verbundnetzes herauf. Der inländische Stromverbrauch, der auf Grund der genehmigten Kontingente um 25% niedriger sein sollte als in den Sommermonaten, erreichte die Rekordhöhe von 304 Mill. kWh, das sind um 5% mehr als im Juli v. J.

Das Verhältnis zwischen *Produktionsmittel- und Konsumgütererzeugung* hat sich etwas zugunsten der letzteren verschoben, hauptsächlich weil die Textilindustrie in den letzten Monaten ihre Erzeugung ständig steigern konnte. Der Abstand zwischen den beiden Indexreihen ist aber noch immer unverhältnismäßig groß und dürfte sich auch in den kommenden Monaten nur langsam verringern.

Da der Beschäftigtenstand der Industrie in den letzten Monaten gleichmäßig weitergestiegen ist, während die Produktion eine leicht rückläufige Tendenz aufweist, ist die Produktivität von 75,9 (1937=100) im August auf 71,3 im November gesunken.

Im *Bergbau* blieb der Index der Förderung nahezu unverändert (Oktober 100,4, November 100,1). Kleinere Produktionseinbußen in einzelnen Zweigen wurden durch Steigerung in anderen kompensiert.

Die *eisenschaffende Industrie* hat im Dezember einen neuen Produktionshöhepunkt erreicht. Die Produktion hat in allen Sparten den Vorkriegsstand überschritten. Die Roheisenerzeugung war um 86%, Stahl- und Walzwarenerzeugung allerdings nur um etwa 10% höher als im Jahresdurchschnitt 1937.

Produktion der eisenschaffenden Industrie

	Roheisen	Rohstahl in Tonnen	Walzwaren
1937 Ø	32.427	54.143	35.604
1947 Ø	33.123	40.484	23.292
1948 XI.	52.970	55.510	35.917
XII.	60.204	58.343	38.046

Auch die *Magnesitindustrie* hat im Dezember ihre Erzeugung stark steigern können. Im Durchschnitt des Jahres 1948 wurde die Friedensleistung bereits beträchtlich überboten und die Erzeugung von 1947 beinahe verdoppelt.

Produktion der Magnesitindustrie

	Roh- magnesit	Sinter- magnesit	Kaustisch ge- brannt. Magnesit	Magnesit- steine
1937 Ø	33.155	9.128	3.930	5.042
1947 Ø	18.483	6.319	2.578	4.814
1948 Ø	33.428	10.604	4.460	7.571
1948 XII.	38.000	13.272	5.835	8.597

Gute Fortschritte macht weiters die *Fahrzeugindustrie*. Eine stärkere Produktionsausweitung wird allerdings vor allem bei Lastkraftwagen und Omnibussen durch die hohen Preise gehemmt, die weit über denen ausländischer Fahrzeuge liegen. Obwohl die ausländische Konkurrenz vorläufig durch die geringen Importbewilligungen für Kraftfahrzeuge weitgehend ausgeschaltet ist, dürfte eine Steigerung des Absatzes kaum möglich sein, da die Anschaffung der teureren inländischen Fahrzeuge für die meisten Betriebe unrentabel ist. Es werden daher noch immer zahlreiche alte und ersatzbedürftige Wagen in Betrieb gehalten, die unter normalen Verhältnissen längst aus dem Verkehr gezogen worden wären.

Zur Zeit bauen drei Firmen Diesellastkraft-

Produktion der Fahrzeugindustrie

	Lastkraft- wagen	Omnibus- se	Traktoren	Motor- räder	Fahr- räder
1937 Ø	90	10	9	630	19.000
1947 Ø	124	1	34	383	5.104
1948 X.	68	25	350	758	11.368
XI.	70	27	425	732	11.624

wagen und drei Firmen beschäftigen sich mit dem Bau von Autobussen. Traktoren werden nur in Steyr erzeugt. Die Erzeugung von Personenwagen wurde bisher nicht aufgenommen. Auch in Zukunft soll auf eine eigene Produktion verzichtet werden. Es ist vorgesehen, ausländische Kraftfahrzeugteile zu importieren und im Inlande zusammenzubauen. Die in diesem Assembling-Verfahren in Österreich hergestellten Personenwagen dürften allerdings auch relativ teurer sein, da der Zusammenbau nicht in kostensparenden großen Serien, sondern nur in kleinen Auflagen durchgeführt werden kann.

Die Entscheidung, gerade die inländische Lastkraftwagen- und Omnibusproduktion zu schützen, während den Käufern von Personenwagen zumindest teilweise die Vorteile der billigeren ausländischen Produktion zugute kommen sollen, ist nicht ganz verständlich, da die Produktionsbedingungen der Kraftfahrzeugindustrie in Österreich für alle Sparten gleich ungünstig sind. Während aber höhere Preise für Personenwagen vornehmlich die private Nachfrage und die Befriedigung von Luxusbedürfnissen einschränken, belasten hohe Preise bei Nutzfahrzeugen die Produktionskosten der Wirtschaft und müssen daher letzten Endes von sämtlichen Konsumenten getragen werden.

In der *Baustoffindustrie* ist die Ziegelerzeugung im November saisonbedingt zurückgegangen. Die Zementerzeugung hingegen hat sich weiter erhöht, und war mit 84.000 t fast viermal so hoch wie im gleichen Monat des Jahres 1947 und mehr als doppelt so hoch wie im Jahre 1937.

In der *Textilindustrie* wirken sich allmählich die Rohstofflieferungen aus der ERP-Hilfe und die starke Steigerung der inländischen Zellwolleerzeugung günstig aus. Mit der zunehmenden Besserung der Rohstofflage sinkt allmählich auch der Anteil des Lohnverkehrs an der Gesamtproduktion, der noch vor einem halben Jahr oft mehr als die Hälfte betrug.

Die *Schuhherzeugung* war auch im November zufriedenstellend. Ohne die bereits in großer Zahl hergestellten bezugscheinfreien Schuhe wurden 281.000 Paar Lederschuhe, das sind 61% des Jahresdurchschnittes 1937 erzeugt. Im laufenden Jahr soll eine durchschnittliche Monatsproduktion von 300.000 Paar Lederschuhen erreicht werden.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 37

Die vornehmlich spekulativen Einflüssen zugeschreibende übersaisonale Umsatzbelebung im Oktober erfuhr im folgenden Monat die erwartete Abschwächung. Der Index der Kleinhandelsumsätze ist nur um 9% gestiegen gegenüber 47% im Vormonat.

Die Umsatzentwicklung war in den einzelnen Branchen sehr verschieden. In der Gruppe „sonstige Branchen“, deren Umsätze insgesamt um 17% stiegen, belebte sich der Handel mit Spielwaren, Parfümerien und Ledererzeugnissen sogar stärker als im Oktober. *Textilien und Bekleidung* wiesen eine Umsatzsteigerung um insgesamt 14% auf. Innerhalb dieser Gruppe war die Entwicklung allerdings ungleichmäßig: während der Umsatz in der Damenkonfektion um 5% stieg, fiel er in der Herrenkonfektion um 7%. Die erhöhte Nachfrage nach Textilien konzentrierte sich vor allem auf Meterware sowie Strick- und Wirkware. Im *Schuhhandel* wurde das Novembengeschäft durch die Verknappung des Angebotes von Schuhen mit Gummisohlen beeinträchtigt. Ein Ausweichen auf Schuhe mit Formgummisohlen, die in größeren Mengen angeboten werden, war aus preislichen Gründen nicht möglich. Die monatliche Rate der Umsatzsteigerung ist daher von 64% im Oktober auf 5% im November zurückgegangen. Auch im *Nahrungsmittelhandel* hat sich die Nachfrage stabilisiert. Nach der sprunghaften Umsatzsteigerung im Oktober, als Folge der Freigabe einer Reihe von Genußmitteln, verminderte sich die Zuwachsrate im November auf 5%. Im *Obst- und Gemüsehandel* waren die Umsätze infolge des saisonbedingten Rückgangs der Zufuhren im November und Dezember rückläufig. Die Zufuhren nach Wien sind vom Oktober bis Dezember 1948 bei Obst um 42%, bei Gemüse um 29% und bei Kartoffeln um 95% zurückgegangen.

Saisonale und tatsächliche Umsatzentwicklung in Prozenten der Vormonatsumsätze

Monat	Damenkonfektion		Herrenkonfektion		Schuhe		Hausrat	
	Saisonindex	1948	Saisonindex	1948	Saisonindex	1948	Saisonindex	1948
Sept.	+66	+27	+38	+25	+8	-20	+48	+15
Okt.	+70	+72	+40	+58	+15	+64	+14	+46
Nov.	-23	+5	-16	-7	-1	+5	-16	+38
Dez.	+71		+39		+100		+127	

Ein Vergleich der gegenwärtigen Umsatzentwicklung einiger statistisch erfaßbarer Warengruppen mit den saisonalen Schwankungen in Normaljahren zeigt deutlich, daß die Umsätze bereits in großem Maße wieder saisonalen Schwankungen unterliegen. Der für Normaljahre typische Umsatzrück-

gang im November, zwischen Herbst- und Weihnachtssaison, trat auch diesmal tendenziell in Erscheinung. Die Umsätze sind zwar — abgesehen von der Herrenkonfektion — absolut gestiegen, die monatliche Umsatzzuwachsrate war jedoch bedeutend geringer als im Vormonat.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 38—40

Die seit Jänner 1948 ständig gestiegene Zahl der krankenversicherten unselbständigen Erwerbstätigen ist im Oktober erstmalig geringfügig zurückgegangen. Die saisonmäßige Abnahme des Beschäftigtenstandes von 1,933.400 auf 1,931.800 hat etwas früher als im Jahre 1947 eingesetzt, in dem der Rückschlag erst im Dezember eintrat.

Der Beschäftigungsrückgang beschränkte sich bisher allerdings ausschließlich auf die Landwirtschaft, deren Versicherte von 257.100 auf 252.300 zurückgingen. Die Zahl der in der Landwirtschaft Krankenversicherten war damit um 16.100 niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres — ein deutliches Anzeichen für die zunehmende Abwanderung der Landarbeiter.

In der gewerblichen Wirtschaft stieg dagegen die Versichertenzahl auch im Oktober noch um 2.900 auf 1,456.500. Sie war damit um 40.200 größer als im Oktober 1947. Auch die Zahl der Bundesangestellten (einschließlich der Bundesbahnen) war mit 200.800 um 9.300 größer als im gleichen Monat des Vorjahres.

In den Wintermonaten wird die Zahl der Krankenversicherten weiter abnehmen, da die Beschäftigung in einigen Zweigen der Industrie und des Gewerbes saisonmäßig zurückgehen wird. Das ist bereits aus den Ziffern der Wiener Gebietskrankenkasse ersichtlich. Die Zahl der krankenversicherten Arbeiter und Angestellten (ohne Hausgehilfinnen) blieb in Wien im November mit 479.200 unverändert und ging im Dezember auf 471.600 zurück¹⁾. Auch das stärkere Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die im November um 7.400 auf 63.100 und im Dezember um 30.600 auf 93.700 zunahm, weist auf die vorwiegend in den Bau- und Grundindustrien verschärfte Lage hin.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 41—42

Die Betriebsergebnisse der *Bundesbahnen* im Monat November zeigen im Vergleich zu Oktober

¹⁾ Die inzwischen veröffentlichten Novemberzahlen des Standes der Krankenversicherten für ganz Österreich zeigen bereits eine geringe Abnahme des Beschäftigtenstandes in Industrie und Gewerbe auf 1,455.400.

nur geringe Veränderungen. Der Güterverkehr nahm leicht zu (um rund 13,3 Mill. Nutzlasttonnenkilometer) und erreichte mit 538,8 Mill. Nutzlast-t-km seinen höchsten Jahresstand. Der Personenverkehr ging dagegen saisonbedingt zurück; mit 6,4 Mill. verkauften Fahrkarten lag er um 20,3% unter dem Jahreshöchststand (August).

Die Waggonlage war infolge des Abzugs der russischen Beutewagen angespannt (540 Lokomotiven und 6.575 Güterwagen; davon waren ungefähr 400 Lokomotiven und 2.200 Waggons beschädigt oder nicht fahrbereit). Ernstere Störungen konnten jedoch durch forcierte Reparaturarbeiten und durch Heranholung von rollendem Material aus Westösterreich vermieden werden. Außerdem erklärten sich die Polnischen Staatsbahnen bereit, täglich 50 Güterwagen für den Abtransport der für Österreich bestimmten Kohle zur Verfügung zu stellen. Der Reparaturdienst wurde inzwischen weiter ausgebaut, so daß monatlich ungefähr 30 Personenwagen, 52 Güterwagen und 10 Lokomotiven zusätzlich zu den laufenden Wagenüberholungen dem Verkehr zugeführt werden können. Die Bundesbahnen beabsichtigen die Verkehrsstufeneinteilung bereits im Frühjahr 1949 aufzuheben und wieder einen Normalfahrplan einzuführen.

Der seit langem geplante Kraftwagendienst Bregenz—Straßburg wurde von der Bundesbahn Ende November mit 5 Lastkraftwagen aufgenommen. Infolge des niedrigen Wasserstandes konnten keine Güter rheinaufwärts befördert werden, so daß in Straßburg keine Rücktransporte anfielen; aus diesem Grunde mußte der Verkehr am 31. Dezember 1948 bis auf weiteres wieder eingestellt werden.

Der *Donauschiffsverkehr* war im Berichtsmonat durch den niedrigen Wasserstand und ungünstiges Wetter stark behindert; die Ladungen mußten auf 250 t pro Schiffseinheit vermindert werden. Die im Linzer Hafen bewegte Tonnage belief sich auf 69.250 t.

Inländerfremdenverkehr

Die Erholung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft hängt — so wichtig auch eine weitere Förderung des Ausländerfremdenverkehrs ist — gegenwärtig vor allem von einer Belebung des *Inländerfremden-* und Reiseverkehrs ab. Selbst im Jahre 1935/36, als der Anteil der ausländischen Besucher relativ groß war, entfielen von insgesamt 20,5 Mill. Übernachtungen 13,8 Mill. oder 66% auf Inländer. Rechnet man durchschnittlich mit 6 Nächtlungen, so haben insgesamt 2,2 Mill. Inländer oder

33,7% der Gesamtbevölkerung die Einrichtungen der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft benutzt. Berücksichtigt man, daß von den gesamten Übernachtungen ein Teil auf Geschäftsreisen entfällt, so dürften 1935/36 etwa 1,5 bis 1,7 Mill. Inländer Urlaubs- oder Erholungsreisen unternommen haben, das sind rund 23% der Gesamtbevölkerung oder, wenn man die für den Fremdenverkehr nicht ins Gewicht fallende landwirtschaftliche Bevölkerung ausscheidet, rund 32% der städtischen Bevölkerung.

Eine Steigerung des inländischen Fremdenverkehrs über das Vorkriegsniveau hinaus erscheint auf längere Sicht durchaus möglich. In der Schweiz erreichte die Zahl der inländischen Reisenden im Jahre 1935/36 bereits 48,6% der Gesamtbevölkerung (gegenüber 33,7% in Österreich), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Schweiz infolge der unterschiedlichen Berufsstruktur sowie infolge des höheren Volkseinkommens pro Kopf einen relativ starken Fremdenverkehr besitzt. Bei einer entsprechenden Förderung des Fremdenverkehrs sollte jedoch auch in Österreich der Inländerfremdenverkehr noch bedeutend intensiviert werden können.

In diesem Zusammenhang verdient die am 30. September v. J. erfolgte Gründung der „*Österreichischen Reisekasse*“ Beachtung, die Ende Februar ihre Tätigkeit aufnehmen will. Sie wurde in Anlehnung an das Vorbild in der Schweiz errichtet, wo bereits Ende 1940 eine Sparorganisation unter dem Titel „*Schweizerische Reisekasse*“ geschaffen wurde, die innerhalb kurzer Frist beachtenswerte Erfolge erzielen konnte.

Entwicklung der Schweizer Reisekasse von 1940—1946¹⁾

	1940 ²⁾	1943	1946
Teilnehmer (Familien)	9.726	72.668	133.336
Verkaufte Reisemarken (1000 Fr.)	71,6	3.276,7	10.719,0
Guthaben d. Teilnehmer ³⁾ (1000 Fr.)	50,3	1.407,7	4.680,9
Verbilligung der Reisemarken ⁴⁾ (1000 Fr.)	0,8	87,4	333,1
Genossenschaftskapital (1000 Fr.)	37,0	57,0	76,5

¹⁾ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946.

²⁾ Die Reisekasse nahm die Tätigkeit im Laufe der letzten Monate auf.

³⁾ Am Jahresende.

⁴⁾ Seitens der Schweizer Reisekasse gewährte Verbilligung. Ein zusätzlicher Zuschuß: 25 bis 33¼% höher als derjenige der Schweizer Reisekasse wird durch Arbeitnehmerverbände, Konsumgenossenschaften und Arbeitgeberfirmen aufgewendet.

Die Reisekasse versucht durch ein System des Zwecksparens vor allem den Beziehern mittlerer und kleiner Einkommen, die kurzfristig das Geld für

Urlaubsreisen nicht aufbringen können und ohne besonderen Anreiz auch während des Jahres nicht für diese Zwecke sparen, Urlaubsreisen und Erholungsaufenthalte zu ermöglichen. Die Kasse ist als Genossenschaft organisiert, bei der alle verkehrs- und fremdenverkehrswirtschaftlichen Betriebe sowie Arbeitnehmerverbände, Arbeitgeber und sonstige Förderer Mitglieder (Genossenschafter) werden können. Durch einen unverzinslichen Genossenschaftsbeitrag (mindestens 100 S) sowie durch individuelle Leistungen der Firmen und Gewerkschaften soll es der Kasse finanziell ermöglicht werden, verbilligte Reisemarken abzugeben. Diese Reisemarken können von den Reisekassenteilnehmern die einen einmaligen Beitrag von S 3.— leisten oder auch bei Verzicht auf sonstige Kassenleistungen nur das Sparheft um 50 Groschen erwerben müssen, gekauft und zur Bezahlung der Fahrt, des Aufenthaltes und des Konsums an die der Reisekasse beigetretenen Genossenschafter (Hotels, verkehrswirtschaftliche Betriebe usw.) verwendet werden¹⁾. Der Urlauber ist weder an eine bestimmte Urlaubszeit noch an einen bestimmten Urlaubsort gebunden. Das Zwecksparen mittels Kaufes von Reisemarken soll durch den niedrigen Nennbetrag der einzelnen Reisemarken von S 1.—, die in Trafiken, Sparkassen, Reisebüros und an Eisenbahnschaltern erhältlich sind, erleichtert werden.

Der Gedanke des Zwecksparens für Urlaubsreisen hat gute Aussicht, sich auch in Österreich durchzusetzen und könnte sich, sofern die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer zu größeren Beitragsleistungen bereit sind, zu einer sozialpolitisch bedeutungsvollen Einrichtung entwickeln. Voraussetzung hierfür ist allerdings eine stabile Währung. Eine steigende Preistendenz würde innerhalb kurzer Zeit das Sparen mit den Reisemarken und damit auch die Tätigkeit der Reisekasse zum Erliegen bringen.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 43—44

Die *Ausfuhr* stieg im November sprunghaft um 14,5% (gegenüber 4,4% im Oktober) und erreichte mit 219 Mill. S den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Mengenmäßig war die Ausfuhrsteigerung mit 18,1% noch bedeutender.

Die *Einfuhr* konnte sich ebenfalls von ihrem Rückschlag im Oktober erholen und mit 238 Mill. S

¹⁾ Das Ausmaß der Verbilligung hängt von den Beiträgen der Gewerkschaften wie der Betriebe ab. Die Österreichische Reisekasse gibt an die Genossenschafter verbilligte Reisemarken ab, wenn diese sich bereit erklären, wenigstens einen gleich hohen Zuschuß zur Verbilligung der Reisemarken für ihre Dienstnehmer zu leisten.

einen neuen Höchststand erreichen. Mengenmäßig blieb sie allerdings weit hinter den Sommermonaten zurück, hauptsächlich infolge der verringerten Kohleneinfuhren, die mit 448.146 t um 34.643 t bzw. um 98.136 t unter den Juni- und Juli-Einfuhren lagen. Da der Einfuhrwert um weniger als der Ausfuhrwert stieg, verminderte sich der Einfuhrüberschuß auf 19 Mill. S.

Die stärkere Ausweitung der Ausfuhr seit dem Sommer erstreckt sich auf fast alle Warengruppen. Besonders günstig entwickelte sich die Ausfuhr von Holz und Papier. Die HolzAusfuhr lag seit dem Juli ständig um 20 Mill. S gegenüber einem durchschnittlichen Ausfuhrwert von 3,6 Mill. S im Jahre 1947 und 8,9 Mill. S im ersten Halbjahr 1948. Auch die Ausfuhr von Papierzeug (durchschnittlicher Ausfuhrwert Jänner bis Juni 1948 3,2 Mill. S, Juli bis Oktober 8,8 Mill. S) sowie von Pappe, Papier und Papierwaren (Durchschnitt Jänner bis Juni 13,9 Mill. S, Durchschnitt Juli bis Oktober 18,7 Mill. S) nahm überdurchschnittlich stark zu. Die auf Holz basierenden Warengruppen (Holz, Papierzeug und Pappe, Papier und Papierwaren) sind damit in den letzten Monaten zu einem der wichtigsten Ausfuhrposten geworden. Ihr Anteil an der gesamten Ausfuhr stieg von 17,5% im Jahre 1947 auf 19,3% im ersten Halbjahr 1948 und erreichte im Oktober 1948 26,8%. Er übertrifft damit bereits den Ausfuhranteil des Jahres 1937 von 21,8%. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich allerdings das Schwergewicht vom Holz auf andere Produkte verschoben. Im Jahre 1937 entsprach der Wert des ausgeführten Holzes ungefähr dem gesamten Wert des ausgeführten Papierzeugs, Papiers usw. Im Oktober 1948 erreichte dagegen die HolzAusfuhr nur zwei Drittel des Wertes der verarbeiteten Produkte.

Die Zusammensetzung der Einfuhr zeigt im Oktober, von einigen zufälligen und saisonmäßigen Schwankungen abgesehen, keine besonderen Verschiebungen. Die Einfuhrsteigerung einiger Produkte, wie Baumwolle (aus den USA), Kautschuk (USA und Übersee), Roh- und Alteisen (Deutschland und USA), Buntmetalle (Belgien), Hopfen und Gerbhölzer, läßt vermuten, daß im Oktober neben den Kohlenlieferungen auch bereits eine Reihe anderer Waren aus der direkten und indirekten Marshall-Plan-Hilfe in der kommerziellen Statistik aufscheinen. Die in der Handelsstatistik enthaltenen ERP-Einfuhren können jedoch bisher, abgesehen von der Kohleneinfuhr, nicht sehr bedeutend sein. Bis Ende Oktober waren zwar Lieferungen in Höhe von 131,8 Mill. Dollar autorisiert, zum gleichen Zeitpunkt waren jedoch erst Waren im Werte von 60 Mill. Dol-

lar verschifft. Davon dürften zumindest 55 Mill. Dollar auf Nahrungsmittel und Kohle entfallen. Im gleichen Zeitraum wurden von Österreich 43·4 Mill. Dollar auf ECA-Konto deponiert und 27·4 Mill. Dollar aus dem Verkauf von ECA-Gütern eingenommen. In den kommenden Monaten wird sich jedoch die Be-

deutung der ERP-Lieferungen erhöhen. Es wäre daher von großem Interesse für die Wirtschaftspolitik, die kommerziellen Einfuhren getrennt von den ERP-Lieferungen zu verfolgen. Dies ist jedoch vorläufig nicht möglich, da die Handelsstatistik die ERP-Einfuhren nicht gesondert ausweist.

Zur Problematik des Lebenshaltungskostenindex

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat seit Beginn des Jahres 1947 laufend Berechnungen über die „Lebenshaltungskosten nach einem Normalverbrauchsschema“ veröffentlicht, die wiederholt als Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen herangezogen wurden und auf die gesamte Preis- und Lohnpolitik maßgeblichen Einfluß ausgeübt haben. Obwohl bereits bei der erstmaligen Veröffentlichung des Index¹⁾ auf seinen beschränkten Erkenntniswert hingewiesen wurde, mag es dennoch nicht überflüssig erscheinen, noch einmal die grundsätzliche Problematik der Indexberechnung, ihre Mängel, aber auch ihren positiven Aussagewert aufzuzeigen, um Fehlschlüsse zu vermeiden, die oft aus den Veränderungen des Lebenshaltungskostenindex gezogen werden.

Die allgemeine Problematik

Ein Lebenshaltungskostenindex soll angeben, wie sich das Geldeinkommen für eine bestimmte Bevölkerungsschicht (meist Arbeiter- oder Angestelltenfamilien) verändern müßte, damit sie ihre als konstant angenommenen Bedürfnisse im gleichen Maße befriedigen kann wie in der Ausgangsperiode. Alle Lebenshaltungskostenberechnungen sind deshalb problematisch, weil sie *psychische* Nutzengrößen (Realeinkommen, Wohlstandsniveau) *zahlenmäßig* ausdrücken wollen. Die allgemein übliche Methode, die Lebenshaltungskosten als Preissumme einer unveränderten, für den Verbrauch einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie typischen Warenkombination zu berechnen, ist zwar theoretisch nicht einwandfrei, liefert aber doch unter normalen Verhältnissen, und wenn man relativ kurze Zeiträume vergleicht, brauchbare Ergebnisse. Sie versagt jedoch, wenn sich, wie in der Kriegs- und Nachkriegszeit der Lebensstandard und die Zusammensetzung des Verbrauches grund-

legend verändern und zusätzliche Faktoren, die in der Preisentwicklung nicht zum Ausdruck kommen, wie Rationierungsvorschriften und Warenknappheit, die Lebenshaltung beeinflussen²⁾. Unter solchen Umständen ist die Berechnung eines repräsentativen Lebenshaltungskostenindex, der an Hand einer einzigen Indexreihe sowohl die Veränderung der Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit als auch in laufender Entwicklung aufzeigt, unmöglich.

Dem wohlbegründeten Rate der Theorie, auf die Berechnung von Lebenshaltungskostenindizes überhaupt zu verzichten, bis die Verhältnisse wieder repräsentative Indexberechnungen erlauben, steht das Bedürfnis der Praxis gegenüber, die Tatsache, daß die Wirtschaftspolitik gerade in der bewegten Nachkriegszeit zahlenmäßige Unterlagen für ihre Entscheidungen benötigt. Das Institut hat daher trotz mancher theoretischer Bedenken einen Lebenshal-

²⁾ Eine theoretisch exakte Messung der Entwicklung des Realeinkommens scheidet grundsätzlich daran, daß der relative Nutzen zweier verschieden zusammengesetzter Warenkombinationen nicht gemessen werden kann. In bestimmten Fällen kann allerdings durch einen Vergleich der Entwicklung der Nominaleinkommen mit zwei verschiedenen Lebenshaltungskostenindizes, von denen einer nach den Verbrauchsmengen der Basisperiode (*Laspeyres'sche Formel*) und der andere nach den Verbrauchsmengen der Endperiode (*Paasche'sche Formel*) gewogen wird, beurteilt werden, ob sich das Realeinkommen verbessert oder verschlechtert hat. Wenn der Lohnindex stärker steigt als beide Lebenshaltungskostenindizes, so hat sich das Realeinkommen eindeutig verbessert und umgekehrt. Liegt der Lohnindex zwischen beiden Indexziffern, so ist das Realeinkommen gestiegen, wenn der nach den Verbrauchsmengen der Basisperiode gewogene Index niedriger ist als der andere. Im umgekehrten Fall (Index nach Paasche'scher Formel niedriger als Index nach Laspeyres'scher Formel) ist die Veränderung des Realeinkommens ungewiß.

Diese Methoden zur Ermittlung des Realeinkommens sind jedoch nur dann anwendbar, wenn sich Realeinkommensveränderungen ausschließlich in der Relation zwischen Preisen und Löhnen ausdrücken. Sie versagen jedoch, wenn der Konsum quantitativ durch Bewirtschaftungsmaßnahmen beschränkt wird.

¹⁾ Siehe Nr. 1—3 der *Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung*, XX. Jahrgang (1947), S. 12 ff.